

Berlin, 16. Juni 2020

Pressemitteilung

Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage des Instituts für Freie Berufe (IFB) unter mehr als 2.600 selbstständigen Freiberuflern zu den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie in den Freien Berufen

Prof. Dr. Ewer: „Weiter am Schutzschild schmieden, um keine zweite wirtschaftliche Corona-Welle anbränden zu lassen.“

- Überlebenskampf in der Corona-Krise dauert an und fordert insbesondere ganz junge und kleine freiberufliche Unternehmen
- Knapp zwei Drittel der befragten Freiberufler massiv betroffen
- Mindestens 400.000 Stellen bei den Freien Berufen drohen wegzubrechen
- Hilfen nachjustieren, um möglichst viele am Markt zu halten und den Gründergeist in Deutschland nicht zu ersticken

„Die Lage ist für viele Freiberufler ausgesprochen ernst, knapp zwei Drittel der befragten Freiberufler sind massiv betroffen. Besonders gefährdet sind gerade junge Unternehmen, die seit 2019 gegründet wurden: Mehr als acht von zehn von ihnen sind stark oder sehr stark belastet. Auch kleine Freiberufler-Einheiten mit bis zu zehn Beschäftigten sind äußerst in Nöten. Das gründet in einem deutlichen Auftragsrückgang von über 50 Prozent, den jeder dritte Freiberufler verzeichnet. Das schlägt auf die Personalplanung durch: Hier blicken die Freien Berufe sehr skeptisch in die Zukunft. Nachdem bereits erste Stellen abgebaut werden mussten, sind mindestens 400.000 weitere Stellen in Gefahr“, so BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer zu den Ergebnissen der Umfrage.

Und führt fort: „Die Bundesregierung hat in mehreren Schritten einen umfangreichen Maßnahmenmix an Instrumenten identifiziert und auf den Weg gebracht. So bitter es auch für jeden einzelnen Betroffenen ist, das Instrument des Kurzarbeitergeldes ist wertvoll. Ebenso hilfreich und logisch sind Stundungen gerade von Steuern. So wird Liquidität in den Unternehmen belassen und eben nicht abgezogen, um sie dann wieder mühsam herzustellen. Kulanz der Finanzämter zahlt sich aus – gerade in der Krise.

Allerdings muss die Bundesregierung angesichts der bereits sichtbaren Einschnitte und drohender Folgen weiter am Corona-Schutzschild schmieden, um möglichst viele Not leidende auch freiberufliche Unternehmen durch die Krise zu bringen.

Das jüngst geschnürte Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket der Koalitionspartner formuliert wichtige Impulse, die zügig umzusetzen sind. Leider existieren hier noch Unwuchten: Statt der ausgelaufenen Soforthilfe des Bundes soll nunmehr die geplante Überbrückungshilfe Liquidität zuschießen. Allerdings setzen sich bei der Überbrückungshilfe gravierende Webfehler der Soforthilfe des Bundes fort. So droht sehr wohl eine zweite Welle der wirtschaftlichen Corona-Folgen gerade für Freiberufler mit nachlaufender Rechnungslegung, dann, wenn bei ihnen Umsätze durch krisenbedingt ausbleibende Aufträge zeitversetzt fehlen. Hier muss nachjustiert werden: Auch Unternehmen, die mit Zeitverzug von zwei, drei Monaten, aber ebenso existenziell getroffen werden, dürfen nicht allein gelassen werden. Bislang sind nur Verluste, die in den Monaten April und Mai verzeichnet wurden und bis in den August fort dauern, Voraussetzung für die Beantragung der Überbrückungshilfe. Berücksichtigt werden sollten aber auch Verluste, die erst im Juni, Juli und

August einsetzen, mindestens. Überdies sollte der Lebensunterhalt insbesondere im Bereich der Solo-Selbstständigen miteinbezogen werden, da hier eine starre Abgrenzung lebensfremd ist.

Darüber hinaus bleibt beim Kreditangebot weiterhin eine Mittelstandslücke bestehen: Der KfW-Schnellkredit gilt nur für Betriebe ab zehn Beschäftigten. So können Kleinstunternehmen nicht auf die zu 100 Prozent staatlich garantierte Kreditlinie der KfW zurückgreifen. Hier muss noch eine Lösung geschaffen werden.

Unsere Umfrage zeigt zudem, dass das Vertrauen in den digitalen Staat größer sein könnte. Wesentlich ist, dass der Staat handlungsfähig bleibt und seine Dienstleistungsfunktion auf Volllast stellt. Viele Verwaltungsleistungen sind für die Wertschöpfung existenziell. Die Krise ist eine Chance, Online-Lösungen voranzutreiben. Nur mit Hilfe der schnellen, umfassenden Digitalisierung sämtlicher Verwaltungsleistungen können wir Deutschland am Laufen halten, vor allem, wenn der Schutzkorridor sich noch über weitere Zeiträume erstrecken sollte.

Grundsätzlich gibt es keine Zeit zu verlieren. Gerade wer keine üppigen Rücklagen hat, wird nicht noch lange durchhalten können und vom Markt verschwinden. Es geht um eine wertvolle Struktur und wirtschaftliche Kultur, deren Verlust einen fundamentalen Schaden für unseren Standort, der eben mittelständisch geprägt ist, bedeuten würde. Überdies gilt es die wirtschaftlichen Folgen bestmöglich abzufedern, um die hiesige Gründerkultur nicht nachhaltig zu schädigen.“

Ergebnisse

1. Wirtschaftliche Auswirkungen

Jeden vierten Freiberufler (24,5 Prozent) trifft die Krise sehr stark, mehr als jeden Dritten (37,3 Prozent) stark, rund 33,7 Prozent spüren die Krise kaum, 4,5 Prozent kommen bisher ungeschoren davon.

Betrachtet nach den vier Säulen sind die freien Kulturberufe am stärksten betroffen, drei von vier trifft die Krise stark oder sehr stark, gefolgt von den freien Heilberufen, hier sind gut zwei Drittel besonders betroffen, bei den rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden Freiberuflern gilt dies für rund jeden Zweiten und bei den technisch-naturwissenschaftlichen Freiberuflern für knapp jeden Zweiten.

Kleine Freiberufler, die bis zu zehn Mitarbeiter beschäftigen, stehen mehr unter Druck als größere Unternehmen. Freiberufler mit bis zu fünf Mitarbeitern sind überdurchschnittlich betroffen, 28,6 Prozent sind sehr stark, 38,1 Prozent stark getroffen. Ähnliche Werte gibt es mit 12,7 beziehungsweise 50,3 Prozent für Freiberufler mit zwischen sechs und zehn Mitarbeitern.

Überdies sind gerade junge Unternehmen, die ab 2019 gegründet wurden, überdurchschnittlich stark betroffen: 71,8 Prozent sind sehr stark und 9,2 Prozent stark betroffen.

2. Existenzbedrohung

▪ Aktuell

Für fast jeden dritten Freiberufler (29,5 Prozent) ist der bereits entstandene wirtschaftliche Schaden existenzbedrohend, für 70,5 Prozent nicht. Betroffen sind gerade ganz junge Unternehmen ab dem Gründungsjahr 2019, mehr als jedes Dritte (72,3 Prozent) kämpft um seine Existenz. Massive Sorgen plagen überdies gerade kleine Einheiten (32,2 Prozent) mit bis zu fünf Mitarbeitern.

▪ **Im nächsten Halbjahr**

Mehr als jeder Zehnte (11,6 Prozent) befürchtet, die kommenden sechs Monate nicht bestehen zu können, 27,3 Prozent können ihre Überlebenschancen derzeit nicht einschätzen, 61,1 Prozent gehen davon aus, fortzubestehen. Wiederum ganz junge Unternehmen (70,2 Prozent) befürchten, sich binnen des kommenden halben Jahres nicht am Markt halten zu können. Auch kleine Einheiten mit bis zu fünf Mitarbeitern sind überproportional betroffen (13,7 Prozent).

▪ **2021**

Selbst der Zeithorizont ist verdunkelt: Weitere 7,8 Prozent erwarten, das Jahr 2021 nicht überstehen zu können, 34,7 Prozent können dies derzeit nicht abschätzen. Wiederum ganz junge Unternehmen befürchten, sich nicht am Markt halten zu können (36,4 Prozent). Auch kleine Einheiten mit bis zu fünf Mitarbeitern sind überproportional betroffen (9,2 Prozent).

3. Auftragsrückgang

Jeder dritte Freiberufler hat massive Einbußen: Jeder Fünfte (20,4 Prozent) verzeichnet aktuell einen Auftragsrückgang zwischen über 75 und 100 Prozent. Bei 12,4 Prozent der Freiberufler sind zwischen 50 und 75 Prozent weggebrochen. Bei 23,4 Prozent liegen die Rückgänge bei über 25 bis zu 50 Prozent, 27,9 Prozent fehlen über fünf bis zu 25 Prozent. Rückgänge bis zu fünf Prozent geben 15,9 Prozent an.

Hiervon sind gerade ganz junge Unternehmen ab Gründungsjahr 2019 betroffen, 41 Prozent haben über 75 Prozent ihrer Aufträge verloren. Überdurchschnittlich betroffen sind mit 24,7 Prozent auch kleine Einheiten mit bis zu fünf Mitarbeitern.

4. Stellenabbau

▪ **Aktuell**

Neun von zehn Freiberuflern waren bisher nicht zu Entlassungen gezwungen (91,3 Prozent). Knapp jeder Zehnte (8,7 Prozent) indes doch. Dies trifft besonders diejenigen Freiberufler, die zwischen zehn und 49 Mitarbeiter beschäftigen, hier sind es mit 15,6 Prozent nahezu doppelt so viele wie insgesamt.

▪ **Perspektivisch**

Perspektivisch gehen 82,3 Prozent der Freiberufler davon aus, ihre Teams weiterbeschäftigen zu können, 17,7 Prozent befürchten das Gegenteil. Wenig zuversichtlich sind hier Freiberufler mit 50 Beschäftigten und mehr, hier befürchtet jeder Zweite (52,2 Prozent) tiefe Einschnitte.

5. Nutzung der Maßnahmen

Am häufigsten nutzten die Freien Berufe die Soforthilfen der Länder (24 Prozent), gefolgt von der Soforthilfe des Bundes (22,1 Prozent), Steuerstundungen (19,5 Prozent) und dem Kurzarbeitergeld (14,7 Prozent). Der KfW-Unternehmerkredit hingegen wurde kaum nachgefragt (3,2 Prozent), der KfW-Schnellkredit (0,4 Prozent) und der KfW-Kredit für junge Unternehmer (0,4 Prozent) noch seltener.

Abgelehnte Anträge werden im Rahmen der Soforthilfe des Bundes kaum genannt (1,7 Prozent). Bei den Soforthilfen der Länder ist der Wert mit 5,3 Prozent etwas höher.

Die Soforthilfe des Bundes ist gerade für Markteinsteiger wichtig. Jeder dritte Freiberufler, der seit 2019 am Markt ist, hat dies genutzt, (32,9 Prozent).

Das Kurzarbeitergeld wird besonders häufig von Freiberuflern mit fünf bis zehn Mitarbeitern genutzt. Fast jeder Zweite greift darauf zurück.

6. Bewertung der Maßnahmen

Als hilfreich oder sogar sehr hilfreich bewerten die Freiberufler das Kurzarbeitergeld (57,5 Prozent), gefolgt von Steuerstundungen (53,2 Prozent), den Soforthilfen der Länder (50,8 Prozent), der Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen (45,5 Prozent), der Stundung von Darlehen (44,6 Prozent), der Soforthilfe des Bundes (44,5 Prozent) und dem Schadensersatz nach Infektionsschutzgesetz (43,5 Prozent). Weniger gut (30,5 Prozent) kommen die Entschädigung für Verdienstausschlag (ALG II/Grundsicherung), der KfW-Schnellkredit (24,6 Prozent), der KfW-Unternehmerkredit (23,6 Prozent) und der KfW-Kredit für junge Unternehmer (18,8 Prozent) an.

7. Gründe für fehlende Wirksamkeit (Mehrfachnennung möglich)

Bei der Soforthilfe des Bundes wird besonders kritisiert, dass Kosten für den Lebensunterhalt nicht erfasst sind (72 Prozent) und Umsätze/Liquidität erst zeitversetzt wegbricht (60,6 Prozent). Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei den Soforthilfen der Länder ab.

Hinsichtlich der Entschädigung für Verdienstausschlag (ALG II/Grundsicherung) bemängeln 26,8 Prozent derjenigen Freiberufler, die sie beanspruchen, eine zu langwierige Bearbeitung und 17,1 Prozent einen zu hohen Aufwand.

Mit Blick auf den KfW-Unternehmerkredit wird hauptsächlich eine Neuverschuldung gescheut (79,5 Prozent). Knapp jeder Dritte (29,1 Prozent) identifiziert einen restriktiven Umgang der Hausbanken. Beim KfW-Schnellkredit steht die Sorge vor Verschuldung ebenfalls an erster Stelle (66,5 Prozent), gefolgt vom restriktiven Umgang der Hausbanken (24,3 Prozent). Beim KfW-Kredit für junge Unternehmer will sich ein Großteil (42,9 Prozent) ebenfalls nicht weiter verschulden, einen restriktiven Umgang nennen hier 27,2 Prozent.

8. Leistung der öffentlichen Verwaltung

Die Leistung der öffentlichen Verwaltung werden differenziert bewertet: Die Erreichbarkeit stuften 12,2 Prozent als sehr schlecht und 16,1 Prozent als schlecht ein. Damit war fast jeder Dritte deutlich unzufrieden. Das Arbeitstempo beurteilten 7,5 Prozent als sehr schlecht und 16,3 Prozent als schlecht. Damit war fast jeder Vierte offensichtlich unzufrieden. Die Bearbeitung bereits vorliegender Verfahren bewerteten 9,2 Prozent als sehr schlecht und 15,5 Prozent als schlecht. Fast jedem Vierten dauerte dies also deutlich zu lange.

Über die Umfrage

Repräsentative Umfrage des Instituts für Freie Berufe (IFB) unter mehr als 2.600 selbstständigen Freiberuflern zu den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie in den Freien Berufen; erhoben und ausgewertet zwischen Mitte Mai und Mitte Juni 2020. Die Daten wurden im Zeitraum Mitte Mai bis Anfang Juni 2020 erhoben, also zu einem Zeitpunkt, als der deutsche Shutdown bereits in vollem Gange und die Auswirkungen der Pandemie deutlich sichtbar waren. Gleichzeitig zeigte sich der Höhepunkt der Infektionen als bereits überschritten und bundeslandspezifische Lockerungen sowie die Aussicht auf eine wirtschaftliche „Post-Corona-Zeit“ wurden erkennbar.

Der Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB) vertritt als einziger Spitzenverband der freiberuflichen Kammern und Verbände die Interessen der Freien Berufe, darunter sowohl Selbstständige als auch Angestellte, in Deutschland. Allein die rund 1,43 Millionen selbstständigen Freiberufler steuern rund 327

Milliarden Euro und damit 10,9 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Sie beschäftigen über vier Millionen Mitarbeiter – darunter ca. 125.000 Auszubildende. Die Bedeutung der Freien Berufe für Wirtschaft und Gesellschaft geht jedoch weit über ökonomische Aspekte hinaus: Die Gemeinwohlorientierung ist ein Alleinstellungsmerkmal der Freien Berufe.

verantwortlich:

Petra Kleining
Pressesprecherin
Reinhardtstr. 34
10117 Berlin

Mobil: 0177-4265861
Telefon: 030-284444-39
Telefax: 030-284444-78
petra.kleining@freie-berufe.de